

ist die südafrikanische Urananreicherungsanlage Pelindaba, die nach deutschem Vorbild gebaut wurde. Die IAEA ist alarmiert. Sie spricht von einem „veritablen Supermarkt“ für alle Arten von Nuklearwaffen und hält inzwischen Terroranschläge mit Atomwaffen für eine „echte und unmittelbare Bedrohung“!

Nicht nur die Beziehungen Khans und des pakistanischen Militärs zu islamistischen Kreisen werden seit dem 11.9.2001 kritisch gesehen, auch die 200.000 südafrikanischen Muslime gerieten mittlerweile unter Generalverdacht. Nachdem zwei von ihnen Anschlagpläne auf südafrikanische Einrichtungen und Beziehungen zu Al Quaida zur Last gelegt wurden, überschlugen sich die Medien mit Berichten hierüber. Al Quaida-Aussteiger Jamal Ahmed al-Fadl gab vor US-Behörden zu, daß er beauftragt wurde, nukleares Material in Südafrika zu kaufen. Zur Zeit läuft in Kapstadt das Genehmigungsverfahren für den geplanten, mit Jülicher Hilfe entwickelten Hochtemperaturreaktor, der hier Pebble Bed Modular Reactor (PBMR) genannt wird. Diesen Prototyp will Südafrika speziell so entwickeln, daß er sich trotz hohem Proliferationsrisiko zum Export in Schwellenländer eignet. Da bisher in der Nachapartheitsära die Kontrollmechanismen im nuklearen Bereich völlig versagt haben, ist auch bei dem geplanten Bau eines neuen Hochtemperaturreaktors (HTR) das Schlimmste zu befürchten.

Joschka Fischer, der sich bei jeder Gelegenheit in den Medien mit Äußerungen zum Atomprogramm des Bösewichts Iran profiliert, schweigt zur deutschen Beteiligung an dem internationalen Atomsmuggel. Die rotgrüne NRW-Landesregierung unternimmt nicht das Allgeringste gegen die UAA in Gronau und damit nichts gegen die

Fortsetzung einer verhängnisvollen Entwicklung, die vor vielen Jahrzehnten in Deutschland ihren Ausgangspunkt nahm. Im NRW-Landtagswahlkampf sollten wir in den nächsten Monaten darauf aufmerksam machen. Und auch darauf, dass die radioaktiven PAC-Kügelchen inzwischen im Forschungszentrum Karlsruhe und in Frankreich wieder hergestellt werden. Und zwar in Zusammenarbeit mit dem Konzern AREVA, der den HTR nach Südafrika liefern soll. Das alles ist das Gegenteil von Ausstieg.

Horst Blume

Atomwirtschaft

AKW-Neubau soll die Abhängigkeit Weißrußlands vom russischen Erdgas verringern

Weißrußlands Staatsführung hat ein Programm zum beschleunigten Bau eines neuen Atomkraftwerks im Lande gebilligt. Das berichtete die Zeitung „Nesawissimaja gaseta“ am 27. Januar 2005 unter Berufung auf Weißrußlands Oppositionsführer Wladimir Parfenowitsch. Das Atomkraftwerk werde Weißrußlands Abhängigkeit vom russischen Erdgas beenden, das bisher mehr als 90 Prozent des im Lande verbrauchten Heiz- und Brennstoffs ausmache, heißt es. Der autoritär herrschende weißrussische Präsident Lukaschenko befürchte, daß „das Gasventil als Hebel des politischen Drucks“ auf Weißrußland benutzt werde. Deshalb habe er vor Fachleuten zweierlei Aufgaben formuliert: sich vom Gasprom-Monopol auf Gaslieferungen zu befreien, das heißt andere mögliche Lieferanten zu finden und die Abhängigkeit vom russischen Gas überhaupt abzuschwächen. Das lasse sich aber nur mit einer ganz neuen Energiequelle erreichen.

Der vorstehende Artikel ist ein Nachdruck aus dem THTR-Rundbrief Nr. 95 vom Dezember 2004. Mit herzlichem Dank für die freundliche Genehmigung.

Literaturhinweise und weitere Artikel zum Thema: <http://www.thtr-a.de>

Die englischsprachige, 67seitige und sehr informative Broschüre „Uranium Road. Questioning South Africa's Nuclear Direktion“ von David Fig ist einsehbar auf der Homepage <http://www.boell.org.za>

Der Sonntagsspaziergang findet in Gronau jeden ersten Sonntag im Monat um 14 Uhr an der UAA statt. Infos: www.aku-gronau.de

gen Rußlands könne nach der Inbetriebnahme des weißrussischen AKWs erfolgen – durch den Verkauf des erzeugten Stroms, unter anderem ins Ausland.

Im Pressedienst des Staatskonzerns Belenergo wurde die Erklärung von Oppositionschef Parfenowitsch als „hohl“ bezeichnet, weil ein solches Projekt sich nicht geheimhalten ließe. Der Pressesekretär des Konzerns, Wladimir Korduba, erklärte allerdings, der Bau eines neuen Atomkraftwerks würde über kurz oder lang eine Notwendigkeit.

Zuvor hatte Präsident Lukaschenko beteuert, Weißrußland werde nie verbotene Atomaktivitäten betreiben. Das berichtete die Korrespondentin der Nachrichtenagentur RIA Nowosti, Olessja Lutschaninowa, aus Minsk. Weißrußland habe nie verbotene Entwicklungen im Bereich der Atomenergie durchgeführt und werde das auch in Zukunft nicht tun, habe Weißrußlands Präsident Alexander Lukaschenko am 21. Januar 2005 in einer Sitzung des Sicherheitsrates in Minsk erklärt. „Dafür haben wir weder die Finanzen, noch den Wunsch. Es gibt reichlich andere Mittel zur Verteidigung des Landes“, habe Lukaschenko betont.

Weißrußland soll der Meinung seines Präsidenten zufolge mehr von der Zusammenarbeit mit der Internationalen Atomenergieorganisation (IAEO) profitieren: „Bislang haben wir von der IAEO im Grunde genommen nichts bekommen, während Weißrußland im Vergleich zu anderen Ländern einen weitaus größeren Beitrag zur Lösung von Problemen geleistet hat, für die die IAEO zuständig ist.“ Als Beispiel habe Lukaschenko den Verzicht Minsk auf Atomwaffen angeführt.

Der Sicherheitsrat Weißrußlands erörterte der Agenturmeldung zufolge auch Fragen, die die Unterzeichnung eines

Zusatzprotokolls mit der IAEO zu einem Abkommen über Garantien im Zusammenhang mit dem Atomwaffensperrvertrag betreffen. Lukaschenko äußerte demnach die Befürchtung, daß die Verwirklichung dieses Zusatzprotokolls zur Offenlegung von Forschungs-, Projekt- und sonstigen Informationen führen könnte, die die nuklearen Entwicklungen und Technologien in Weißrußland betreffen. „Wenn man sich einer daran zweifelt, daß wir ein friedlicher Staat sind, und denkt, daß

wir etwas Verbotenes tun, dann sind wir auf Fakten scharf. Kommen Sie in unser Land, wir werden Ihnen alles zeigen“, habe der weißrussische Präsident gesagt. Weißrußland ist am schwersten vom Tschernobyl-GAU betroffen. Den Schätzungen zufolge gingen über dem Nachbarland der Ukraine etwa 70 Prozent des Fallouts aus der Reaktorkatastrophe im Jahre 1986 nieder. Entsprechend häufig sind heute dort die gesundheitlichen Schäden, besonders im Bezirk Gomel. ●

Uranerzbergbau

Mißstände bei der Sanierung der Wismutregion in Ostthüringen

Die Sanierungsarbeiten in der ehemaligen Uranerzbergbauregion bei Ronneburg schreiten voran. Kein Monat vergeht, ohne daß die eine oder andere Erfolgsmeldung durch die örtliche Presse geht – fast immer auch politisch wirksam in Szene gesetzt. Jüngste Meldungen betreffen bergrechtliche Genehmigungen zur Arrondierung des im Aufbau befindlichen Geländes der Bundesgartenschau 2007, Landschaftsteil Ronneburg. Ein Beitrag im Strahlentelex vom 2. Dezember 2004 von Inge Lindemann geht kurz auf die Sanierungstätigkeit der Wismut GmbH ein. Einerseits wird die „Rekultivierung“ der Wismut-Region ... als größtes und teuerstes Umweltprojekt Deutschlands“ erwähnt. Andererseits wird als Grund für ein zu schnelles Schaffen von Fakten „... ohne wirklich trag-

bare technische Lösungen für die Altlastenbewältigung zu bieten ...“ fehlendes externes Controlling vermutet. Der Kirchliche Umweltkreis Ronneburg (KUR) kann diese Standpunkte zum Teil durchaus teilen. Frank Lange, Sprecher dieses Umweltkreises, faßt nachfolgend die praktischen Erfahrungen mit dem Sanierungsprozeß der letzten Jahre zusammen.

Daß mit einer Verbindung der Sanierung der Uranerzbergbaugebiete der ehemaligen Sowjetisch-Deutschen Aktiengesellschaft Wismut mit der Bundesgartenschau (BUGA) Visionen des ehemaligen Bundesumweltministers Töpfer, „... auf strahlenden, versauerten und toten Böden wieder blühende Wiesen entstehen zu lassen“, in Erfüllung gehen, ist insofern zu relativieren, als daß nur ein kleiner Teil der vorgesehenen Ausstellungsfelder auf ehemaligen Bergbaugelände liegt. Der weitaus größere Teil der im Aufbau befindlichen BUGA-

Flächen betrifft alte, bergbaulich unberührte Abschnitte des Gessentales bei Ronneburg. Es gab auch (ungehörte) Stimmen von Fachleuten, die dieses wildromantische Seitental der Weißen Elster mit seiner bemerkenswerten Flora und Fauna durch die BUGA-Maßnahmen noch zusätzlich bedroht sahen. Auch der Kirchliche Umweltkreis Ronneburg (KUR) hat sich von Anfang an dafür eingesetzt, tatsächliche bergbauliche Betriebs- und Haldenaufstandsflächen für eine Landschaftsgartenschau zu verwenden. Als Herr Töpfer seine Vision im Wahlkampf 1998 in dem Ort Beerwalde bei Ronneburg verkündete, lag bereits seit einem Jahr eine Studie der Firma Ost-Consult aus Gera vor. Diese Visionäre von blühendem Landschaftsgarten profitieren leider heute nicht von dem Auftragskuchen für Planer und Baubetriebe. Vielleicht wäre es aber so möglich gewesen, dem ursprünglichen Leitthema der ökologischen Konversion durch Revitalisierung einer Bergbaufolgelandschaft gerecht zu werden.

Die Bezeichnung „Rekultivierung der Bergbaufolgelandschaft“ war Anfang der 90-iger Jahre im Sanierungskonzept und auch stets in den jährlichen Umweltberichten des Sanierungsbetriebs Wismut GmbH enthalten. Sanierung und Rekultivierung von Bergbaualtlasten im Sinne ihrer Wiedernutzbarmachung nach Paragraph 55 des Bergbaugesetzes (BbergG) war allseits akzeptiertes Ziel des Wismutgesetzes vom 12. Dezember 1991.

Mit der Kritik am zu schnellen Schaffen von Fakten ist nach Auffassung des KUR nicht der Fortgang und erreichte Stand der Sanierung an sich gemeint. Kritischer zu sehen sind die Genehmigungsverfahren (oft fehlende Öffentlichkeit), die Nichtbeachtung alternativer Lösungsvorschläge und ein mitunter stois-

ches Durchziehen einzelner Sanierungsabschnitte, die den hohen Ausgangszielsetzungen nicht sicher gerecht werden können. Ein für Uran-Bergbau-Sanierung nicht angepaßtes und starres Bergrecht fordert Tribut. Sanierungsmaßnahmen werden nur regional sehr begrenzt mit den jeweils direkt betroffenen Gemeinden abgestimmt, die damit in der Regel fachlich überfordert sind. Eine Einflußnahme durch weitere Fachkreise im Rahmen öffentlicher Beteiligungsverfahren – der bekannten „Träger öffentlicher Belange“ (TÖB) – wird von der zuständigen Genehmigungsbehörde nur selten realisiert.

Mit den Jahren (seit 1997) setzte eine andere Bewertung des Sanierungsauftrages beziehungsweise -zieles ein. Wiedernutzbarmachung ist mit der Definition nach Paragraph 4 Absatz 4 BBergG die ordnungsgemäße Gestaltung der vom Bergbau in Anspruch genommenen Oberflächen bei Beachtung des öffentlichen Interesses. Nunmehr lesen sich auch die Sanierungsziele in den öffentlichen Verlautbarungen des Bundeswirtschaftsministeriums und der Wismut GmbH anders. Es geht um „... ordnungsgemäße Stilllegung der Uranerzbergbaubetriebe ...“, verbunden mit einem stärkeren Bemühen „... zur Schaffung intakter Lebensbedingungen für die in den Regionen lebenden Menschen ...“ (Zitate aus dem Umweltbericht 2002 der Wismut GmbH). Aber von Rekultivierung ist nicht mehr die Rede. Es sind Beispiele bekannt, wo Gemeinden sanierte Haldenaufstandsflächen ohne Mutterbodenauftrag und Bepflanzung bzw. Begrünung übergeben wurden, weil unter Sanierung nur die Schaffung eines Zustandes bis zu zulässigen radioaktiven Belastungen der Flächen verstanden wird.

Kritisch wird auch die Schnelligkeit gesehen, mit der